

Schwimmkurs für Vertragszahnärzte – Überlebensstrategien im Strukturwandel

Vertreterversammlung der KZVB

Was hat die Gletscherschmelze in der Antarktis mit der Gesundheitsreform zu tun? Und was können Zahnärzte von Königspinguinen lernen? Erstaunliches rund um den Strukturwandel im Gesundheitswesen kam bei der Vertreterversammlung der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayerns (KZVB) am 16. und 17. November ans Licht.



Fotos: KZVB

Dr. Wolfgang Eßer, stellvertretender Vorsitzender der KZVB: „Die heutige Situation bietet uns Chancen, wie wir sie seit 20 Jahren nicht hatten.“

Als verlässlicher Partner im Gesundheitswesen werde die KZVB zunehmend wahrgenommen, attestierte Versammlungsleiter Dr. Alexander Süllner eingangs der Körperschaft. Und der Vorsitzende des Vorstands, Dr. Janusz Rat, verdeutlichte, die KZVB setze darauf, sich in die Politik einzubringen. „Mit Überzeugungsarbeit haben wir schon einiges erreicht, zum Beispiel, dass die Zahnärzte erstmals von einigen Ge-

setzesvorschriften expressis verbis ausgenommen sind.“ Beim Gesundheitsfonds sei dies allerdings nicht gelungen. Als die Pläne dazu Mitte 2006 bekannt wurden, habe die KZVB den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, dass durch den Fonds bis zu 1,5 Milliarden Euro aus Bayern abfließen dürften. Nichtsdestotrotz habe die Staatsregierung dem Fonds zugestimmt. Der beim Fonds federführende Abteilungsleiter im Bundesgesundheitsministerium solle dazu erklärt haben, er hätte nicht geglaubt, dass er mit einer CDU-/CSU-/SPD-Koalition schaffen würde, was ihm unter Rot-Grün niemals gelungen wäre. Rat meinte, er erhoffe sich von der neuen Landesregierung einen stärkeren Einfluss der Gesundheitspolitik. Schließlich sei Sozialministerin Christa Stewens unter Günther Beckstein zur stellvertretenden Ministerpräsidentin avanciert. Momentan sehe es allerdings aus, als wisse kein Mensch, wie die jährlich steigende Obergrenze für den Mittelabfluss eingehalten werden soll. Im Worst Case, so

der KZVB-Vorsitzende, werde die Gesamtvergütungssumme der Zahnärzte durch den Fonds um 22 Prozent abschmelzen. Um dieses Szenario zu verhindern, sei es wichtig, dass die Zahnärzte – und möglichst auch andere Akteure im Gesundheitswesen – an einem Strang ziehen.

Gemeinschaftlich auftreten

Den Honorarabfluss aus Bayern in andere Bundesländer durch den Fonds kritisierte auch der stellvertretende Vorsitzende der KZVB, Dr. Martin Reißig: „Der Gesundheitsfonds steigert den Druck auf die Krankenkassen, möglichst wenig für die medizinische Versorgung auszugeben, um höhere Beitragssätze zu verlangen.“ Es entstehe ein Wettbewerb der Krankenkassen um niedrige Kosten und nicht um beste Qualität. Der Fonds bilde weder die höhere Wirtschaftskraft noch die höheren Lebenshaltungskosten in Bayern ab. Verstärkt werde der Mittelabfluss durch die vergleichsweise junge und gesunde Versichertenstruktur in Bayern. Reißig stimmte Rat auch zu, dass die Zahnärzte als Einzelkämpfer keine Chance haben, dies zu ändern. „Nur mit einem gemeinschaftlichen Auftreten wird es möglich sein, die verantwortlichen Politiker zu sensibilisieren und zum Handeln zu veranlassen.“

Die Selektivverträge, der Fonds und andere Risse im Eisberg

„Es lebten einmal 55 000 Königspinguine auf einem Eisberg. Pinguin Fred erkannte, dass das Eis schmilzt. Er machte die anderen Pinguine darauf aufmerksam, bildete ein Team und entwickelte eine Strategie ...“. Mit diesem Gleichnis – illustriert mit Filmausschnitten – leitete Reißig ein Highlight der Vertreterversammlung ein: Den Gastvortrag von Dr. Wolfgang Eßer, stellvertretender Vorsitzender der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZVB). „In der Situation des Pinguins würde ich dafür sorgen, dass wir alle einen Schwimmkurs machen“, griff Eßer die Fabel auf. Und er beleuchtete die Risse im Eisberg der Zahnärzte: Eindringlich warnte er vor dem Experiment Gesundheitsfonds. Niemand könne sagen, wie der Fonds funk-



An einem Strang ziehen müssen die Zahnärzte und andere Akteure im Gesundheitswesen. Das fordern die beiden KZVB-Vorstandsvorsitzenden Dr. Janusz Rat (r.) und Dr. Martin Reißig (l.).

tionieren soll. Eine weitere Gefahr, die Eßer aus Perspektive der Zahnärzte aufzeigte, ist der Konzentrationsprozess bei den Krankenkassen zu einem „Anbieterkartell der Versorger“. Kollektivverträge würden nach Plänen der Krankenkassen künftig nur noch die Basisversorgung umfassen. „Durch Selektivverträge wollen die Kassen Einflussmöglichkeiten an sich nehmen, die sich die Ärzte und Zahnärzte über Jahrzehnte erkämpft haben.“ Der Ausspruch von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt – „Wettbewerb ist, wenn alles billiger wird“ – zeige, wohin sich das Gesundheitswesen unter diesen Vorzeichen entwickle.

KZV-System: Organisation, Infrastruktur, Erfahrung

Eßer forderte, das Festzuschuss-System weiter voranzutreiben. Funktionieren werde es allerdings nur auf der Basis einer intakten GOZ. Auch der Basistarif sei erst verhandelbar, wenn die neue GOZ geregelt ist. Der stellvertretende KZVB-Vorsitzende erklärte, die GOZ beeinflusse die vertragszahnärztliche Versorgung maßgeblich. „Wir reden heute in vielen Fällen über 50 Prozent des Umsatzes in der täglichen Praxis.“ Für gesetzlich krankenversicherte Patienten sei eine leistungsgerechte GOZ die Voraussetzung für die Teilhabe am medizinischen Fortschritt. Das hohe Level, auf dem Zahnheilkunde in Deutschland heute praktiziert werde, sei im Übrigen maßgeblich den Vertragszahnärzten zu verdanken: Das KZV-System zeichne sich aus durch „perfekte Strukturen, eine perfekte Organisation, hervorragende EDV-Einrichtungen, 50 Jahre Erfahrung und einzigartige Kenntnisse im Vertragswesen“.

Change-Management ist gefordert

„Die großen Analysten sagen, der Gesundheitsmarkt wird bis 2015 sein Volumen gegenüber heute verdoppeln“, fuhr Eßer fort. „Aber: Das kollektive Vertragssystem wird daran nur noch einen zehnzehnten Anteil haben.“ Forderungen, Selektivverträge grundsätzlich abzulehnen, verglich er deshalb mit der Pinguin-Strategie, beim Abschmelzen des Eisbergs zu überlegen, wie man die Sonne ausknipst. „Wir werden die Veränderungen des Systems nicht aufhalten können, aber wir müssen sie gestalten“, appellierte er an die Vertreter der bayerischen Vertragszahnärzte. Insofern müssten sich die standespolitischen Köpfe als Change-Manager verstehen – oder, um im Pinguin-Bild zu bleiben, als Schwimmlehrer. Eßer plädierte dafür, die heutige Organisationsform der KZVen in einer zweiten, nicht-körperschaftlichen Struktur zu spiegeln. „Wir müssen uns so positionieren, dass wir hinterher nicht als Einzelne einem Oligopol gegenüberstehen“, so Eßer, und ermutigte die Zuhörer: „Die heutige Situation bietet uns Chancen, wie wir sie seit 20 Jahren nicht hatten.“

Klare Signale

In ihren Beschlüssen erteilte die Vertreterversammlung dem Gesundheitsfonds und der elektronischen Gesundheitskarte eine Absage. Mit Blick auf die neue Vertragswelt mit kollektiver und selektiver Versorgung forderten die Delegierten den Vorstand auf, alle vertraglichen Möglichkeiten mit den Krankenkassen auszuloten und dabei die Rechte aller Mitglieder zu beachten. Konsens bestand unter den Vertretern auch hinsichtlich der derzeitigen Regelungen zum Standard- und Basistarif: Dieser Weg führe in die Staatsmedizin. Mit starker Mehrheit forderte die Versammlung eine Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ), die den „berechtigten Interessen der Zahnärzte und der zur Zahlung Verpflichteten Rechnung zu tragen hat.“ Zudem forderte sie den Vorstand auf, seine Beziehungen zu den Verbraucher- und Patientenverbänden auszubauen. Dazu signalisierte die Vertreterversammlung per Beschluss, dass sie die Weiterführung der Zweitmeinungsstellen in München und Nürnberg unterstützt. Ebenfalls mit großer Mehrheit votierten die Vertreter für die gemeinsame Weiterentwicklung des Qualitätsmanagement-Systems der Bayerischen Landeszahnärztekammer.